



Demjanjucks Haus im amerikanischen Seven Hills

NS-VERBRECHEN

Fußfessel für Demjanjuk

Die geplante Abschiebung des mutmaßlichen KZ-Wächters John Demjanjuk aus den USA nach Deutschland lässt die Bürokratien beiderseits des Atlantiks auf Hochtouren laufen. Um eine Flucht des 88-Jährigen zu verhindern, haben US-Behörden ihm inzwischen eine elektronische Fußfessel angelegt. Gegen den gebürtigen Ukrainer hat das Amtsgericht München einen Haftbefehl wegen Beihilfe zum Mord an mindestens 29 000 Juden erlassen. Doch die Offiziellen benötigten für eine Überstellung des mittlerweile staatenlosen Demjanjuk Ausweispapiere; andernfalls könnten Fluggesellschaften den Transport nach München verweigern. Die Bundesregierung hatte darauf bestanden, dass der Greis nicht in einem US-Militärflugzeug nach Deutschland gebracht wird – Berlin fürchtet, die Amerikaner könnten ihn wie im Falle von Terrorverdächtigen mit Beruhigungsmitteln vollpumpen und zum US-Stützpunkt in Ramstein fliegen. Die Bundesrepublik müsste ihn dann erst medizinisch betreuen und selbst zur Befragung nach München bringen. Die US-Regierung hat Demjanjuk jetzt ein Identitätspapier ausgestellt, im Gegenzug hat sich die Bundesregierung verpflichtet, ihn einreisen zu lassen – obwohl er kein Visum hat. Scheitern kann die Abschiebung jetzt nur noch an Demjanjucks Gesundheitszustand. Sein deutscher Anwalt Günther Maull hat bei der Staatsanwaltschaft München beantragt, den an einer Vorform von Leukämie Erkrankten noch in den USA durch einen bayerischen Landgerichtsarzt auf Verhandlungsfähigkeit untersuchen zu lassen. Am vorvergangenen Sonnabend erlitt Demjanjuk zudem eine Nierenkolik und musste in der Notaufnahme eines Krankenhauses behandelt werden. „Kommt her und untersucht meinen Papa“, fordert sein Sohn John Jr., „wenn Deutschland erfährt, wie es wirklich um seine Gesundheit bestellt ist, wird es meinen Vater nicht einem Prozess aussetzen.“ Besonders optimistisch scheint die Familie allerdings nicht zu sein. Ein Angehöriger schaut sich bereits nach einem Hotel in München um.



MARK DUNGAN / AP

Demjanjuk

KINDERPORNOGRAFIE

Schlag gegen Internet-Aktivisten

Mit einer umstrittenen Durchsuchungsaktion hat die Dresdner Staatsanwaltschaft die Internet-Gemeinde gegen sich aufgebracht. Anfang voriger Woche drangen die Ermittler, ausgestattet mit einem Eilbeschluss, in die Wohnung des Betreibers der deutschen Internet-Seite „Wikileaks“ ein und beschlagnahmten einen Laptop und eine Festplatte. Der Mann wurde aufgefordert, die Homepage zu sperren. Wikileaks – mit Hauptsitz in Schweden – hat es sich zur Aufgabe gemacht, interne Papiere von Regierungen und Geheimdiensten anonym zu veröffentlichen. Der Vorwurf gegen den Domain-Inhaber der deutschen Wikileaks-Seite: Beihilfe zum Vertrieb kinderpornografischer Schriften. Grund sind Internet-Sperrlisten der australischen und thailändischen Regierung, die Wikileaks veröffentlicht hat. Die Aktivisten wollten zeigen, dass nicht nur kriminelle Inhalte von Sperrungen betroffen sind, sondern auch normale Seiten. Die deutschen Ermittler glauben jedoch, dass über die auf Wikileaks gezeigten Links der Aufruf von Kinderpornos ermöglicht werde. Die Internet-Gemeinde sieht in der Aktion einen gezielten Angriff deutscher Behörden auf eine unliebsame Seite. Auch der Anwalt des Betroffenen, Udo Vetter, hält die nächtliche Durchsuchung für unverhältnismäßig. Sein Mandant habe weder Kinderpornos besessen, noch welche vertrieben. Die Dresdner Staatsanwaltschaft beteuert, nicht einmal gewusst zu haben, was Wikileaks ist.

KIRCHE

Unglückliche Bischöfe

Über die Angriffe des Kölner Kardinals Joachim Meisner auf Bundeskanzlerin Angela Merkel ist die Mehrheit der deutschen Bischöfe unglücklich. Meisner hatte am vergangenen Freitag in der „Bild“-Zeitung die Kanzlerin noch einmal scharf wegen ihrer „öffentlichen Papstschelte“ angegriffen und eine Entschuldigung für den „Fehler“ verlangt, den er als „eine der größten Fehlleistungen“ bezeichnete. Die Deutsche Bischofskonferenz war



CLEMENS BILIAN / DDP

Kardinal Meisner

selbst überrascht über die Kritik der Kardinals, für sie ist der Vorfall beigelegt, seit Merkel mit Papst Benedikt XVI. dazu vor sieben Wochen telefonierte. Einige Bischöfe vermuten als Grund für Meisners späten Ausbruch einen Auftritt der Kanzlerin vor der Katholischen Akademie in Berlin am Dienstag vergangener Woche. Die Leitung der Akademie hatte nicht eine kritische Frage aus dem Publikum zu der Papstschelte zugelassen, die bei vielen Gläubigen auf Unverständnis gestoßen war. Meisner soll sich über die „lauen Katholiken“ in Berlin geärgert haben, die nichts zustande brächten.